T 002
Lfd.-Nr. 1017

DGB-Bundesjugendausschuss

FÜR EINE SOZIALE WELT

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:
Annahme als Material an den DGB-Bundesvorstand

Europa

Ein gemeinsames Europa kann es nur geben, wenn es ein soziales und solidarisches Europa ist. Wichtig hierbei sind für alle Menschen demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten. Diese müssen aus- und nicht abgebaut werden. Der DGB wird es nicht akzeptieren, dass die Zukunft Europas in Hinterzimmern verhandelt wird und demokratische Gremien und Strukturen ausgehöhlt werden. Die Sparpolitik der Troika aus Europäischer Kommission, Zentralbank und Internationalem Währungsfond verhindert ein gestärktes Hervorgehen aus der Krise und ist zutiefst undemokratisch. Die Lebensbedingungen gerade für die jüngere Generation sind mehr als katastrophal. Ganze Generationen werden ihrer Zukunft beraubt. Zu Recht wehren sich die Menschen gegen diese Politik und entwickeln aktiv Protest- und Solidaritätsstrukturen.

Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Jugendarbeitslosigkeit in Europa in den letzten Jahren ein bisher unbekanntes Ausmaß angenommen und zählt zu den drängendsten und existentiellsten sozial und gesellschaftspolitischen Herausforderungen der europäischen Politik. Die jungen Menschen sind am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen, der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen ist 2013 mehr als doppelt so hoch (23,6 Prozent) wie die Arbeitslosenquote über alle Altersgruppen hinweg (10,7 Prozent).

Während die Arbeitslosenquoten in den meisten europäischen Mitgliedstaaten immer weiter angestiegen sind, ist in Deutschland der Anteil arbeitsloser junger Menschen in der offiziellen Statistik in den vergangenen Jahren gesunken. Auch wenn die Situation bei Weitem nicht mit der in Griechenland oder Spanien vergleichbar ist - wo 2013 fast 60 Prozent der Bevölkerung arbeitslos sind -, stehen viele junge Menschen in Deutschland ohne Perspektive da. Denn im gleichen Zuge, wie die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist, ist der Anteil der jungen Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen rasant angestiegen. Die offizielle Arbeitslosenstatistik zeigt nur einen

kleinen Teil der Lebensrealität und der Probleme der jungen Generation. Nach wie vor befinden sich auch viele junge Menschen in den verschiedenen Maßnahmen des Übergangsbereichs ohne anschließende Perspektive und werden in der Statistik nicht mitgezählt. Dies verdeutlicht, dass die offizielle Arbeitslosenstatistik nur einen kleinen Teil der Lebensrealität und der Probleme der jungen Generation zeigt.

Auch in den anderen europäischen Staaten sind die Jugendlichen, die Arbeit haben, besonders stark von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa und die enorme Zunahme von prekären Arbeitsbeschäftigungen sind nicht nur die Probleme der am stärksten von der Krise betroffenen Länder und Menschen. Vielmehr handelt es sich um ein strukturelles europäisches Problem, bei dem es um die Gegenwart und die Zukunft einer ganzen europäischen Generation geht. Dieser Herausforderung stellt sich der DGB durch ein gemeinsames und solidarisches Handeln.

Die derzeitige desaströse europäische Sparpolitik vergrößert den Schaden immer weiter und zerstört die wirtschaftlichen Grundlagen der Mitgliedstaaten. Nur durch die Schaffung von neuen und nachhaltigen Beschäftigungsmöglichkeiten können weiterführende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zum Aufbau von Beschäftigung und einem besseren Übergang von jungen Menschen in gute und sichere Beschäftigungsverhältnisse führen. Der DGB fordert daher ein umfassendes Zukunfts- und Investitionsprogramm in Bildung, Wirtschaft und Infrastruktur. Der DGB hat mit seinem Marshall-Plan skizziert, wie ein solches Aufbauprogramm aussehen kann. Zur Verbesserung der Situation wird der DGB mit seinen zuständigen Organisationseinheiten dazu aufgefordert, auf allen politischen Ebenen darauf hinzuwirken, dass ein Wechsel von der bisherigen Sparpolitik hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftswachstumspolitik erfolgen muss.

In einem solchen gesamtwirtschaftlichen Rahmen eingebettet begrüßt der DGB prinzipiell den europäischen Vorschlag einer

Jugendgarantie ("Allen Jugendlichen Menschen unter 25 Jahren [wird] innerhalb eines Zeitraums von vier Monaten, nachdem sie arbeitslos werden oder die Schule verlassen, eine hochwertige Arbeitsstelle oder Weiterbildungsmaßnahme oder ein hochwertiger Ausbildungs- bzw. Praktikumsplatz angeboten"), sofern die konkrete Umsetzung des insgesamt vage formulierten Vorschlags tatsächlich dem Anspruch gerecht wird, konjunkturunabhängige und Perspektiven sichernde Angebote zu unterbreiten. Die konkrete Ausgestaltung der Jugendgarantie muss entsprechend der jeweiligen Situation der Mitgliedstaaten erfolgen. Für die Umsetzung der Jugendgarantie und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit fordert der DGB eine deutliche und dauerhafte Erhöhung sowie solidarische Finanzierung des EU-Haushaltes. Dazu gehört auch eine Harmonisierung der europäischen Steuer- und Finanzsysteme und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer (Tobin-Tax) um durch eine gerechte Steuerpolitik die notwendige Umverteilung von oben nach unten zu ermöglichen. Für eine solidarische europäische und weltweite Politik ist die internationale Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften unerlässlich und muss weiter ausgebaut werden.

Kritisch sieht der DGB den Ansatz das Problem der europäischen Jugendarbeitslosigkeit durch einen Export des deutschen dualen Systems lösen zu wollen. Der Kern des Problems der hohen Jugendarbeitslosigkeit liegt in den meisten europäischen Ländern nicht an mangelhaft ausgebildeten Jugendlichen. Ganz im Gegenteil ist diese Generation oftmals so gut qualifiziert wie noch keine vor ihr. Zentraler Ansatzpunkt muss vielmehr die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und eine Schaffung statt Streichung von Arbeitsplätzen sein. Bei allen Problemen mit dem Zugang in Ausbildung hat das duale System mit seinen zwei Lernorten, der engen betrieblichen Anbindung und der Einbindung der Gewerkschaften und Arbeitergeberverbände bei seiner Ausgestaltung viele Stärken. Möglicherweise können mittel- oder langfristig auch andere Staaten, sofern sie ein entsprechendes Interesse haben, sinnvoll Elemente einer betriebsnäheren Ausbildung integrieren.

Eine einfache Übernahme des „deutschen Modells" wird dabei aber nicht funktionieren. Das deutsche Modell hat sich in einem langen Prozess über zahlreiche Aushandlungen und un-

ter bestimmten Rahmenbedingungen herausgebildet. Andere Länder haben ganz andere Entwicklungen durchlaufen und stehen jetzt vor einer anderen Situation. In den Staaten, in denen es eine Diskussion zur dualen Ausbildung gibt, ist es daher erforderlich, dass unter Beteiligung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände genau geschaut wird, welche Elemente sinnvoll und elementar für eine Anpassung sind.

Für den DGB sind bei einer Implementierung folgende Kriterien elementar:

- *die Beteiligung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände bei der Ausgestaltung der beruflichen Bildung*
- *ein einheitliches Regelwerk, das alle wichtigen Fragen, die mit der Ausbildung zusammenhängen, regelt*
- *klar geregelte Mitbestimmungsmechanismen in der Ausbildung*
- *die Verantwortung der Betriebe für die Schaffung von Ausbildungsplätzen und die Ausbildungsvergütung*
- *eine funktionierende Lernortkooperation und ein die Lernorte übergreifender Berufsbildungsplan*
- *eine ausreichende Ausbildungsdauer von ca. 3 - 4 Jahren für das Erlernen eines Berufs*
- *ein rechtlich geregelter Status der Auszubildenden als angehende Fachkräfte und nicht als SchülerInnen*

Zu den Grundwerten der Europäischen Union gehört die Möglichkeit für EU-BürgerInnen, in einem anderen Mitgliedstaat eine Beschäftigung aufzunehmen. Am 01.01.2014 wurde die Arbeitnehmerfreizügigkeit auch auf ArbeitnehmerInnen aus Bulgarien und Rumänien ausgeweitet. Bis dahin benötigten ArbeitnehmerInnen aus diesen Ländern eine Arbeitserlaubnis in Deutschland und wurden oftmals von ArbeitgeberInnen gar nicht oder nur zu prekären Bedingungen beschäftigt. Der DGB fordert die Bundesregierung auf, sich an geltendes EU-Recht zu halten und ihre Integrationspolitik dementsprechend zu erweitern. Gleichzeitig müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um der Diskriminierung, Ausbeutung und Stigmatisierung von ZuwandererInnen ein Ende zu bereiten.

Internationales

Die internationalen sozialen und wirtschaftlichen Verflechtungen haben sich in den zurückliegenden drei Dekaden intensiviert. Die Globalisierung wurde vor allem von neoliberalen Kräften (Weltbank, IWF, WTO, nationalen Regierungen und multinationalen Unternehmen) vorangetrieben. Profite wurden über Menschenrechte gestellt, während soziale, kulturelle und wirtschaftliche Rechte dabei ins Hintertreffen gerieten. Nach der Auffassung des DGB sind bürgerliche und soziale Rechte unteilbar. Auch ArbeiternehmerInnenrechte sind Menschenrechte. Der DGB erkennt die internationalen Kernarbeitsnormen der ILO als Mindeststandards an. Sie unterstreicht ihre Bedeutung bei Tarifverhandlungen auf nationaler und internationaler Ebene (z. B. GUF, OECD Guidelines) und setzt sich für deren Stärkung bzw. für rechtliche Sanktionen bei Verstößen ein.

Armut und Ausbeutung existieren nicht einfach, sie werden gemacht und sind zwei der größten Herausforderungen einer globalen Zivilgesellschaft. Große Teile der Weltbevölkerung sind immer noch hinsichtlich der sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen abgehängt. Armut drückt sich dabei nicht nur in relativen Einkommensunterschieden zwischen einzelnen Gesellschaftsschichten und verschiedenen Staaten aus, sondern ist eine Folge des ungleich verteilten und fehlenden Zugangs zu Ressourcen und der ungenügenden Durchsetzung von Menschenrechten auf nationaler und internationaler Ebene. Die weiterhin relevante Überschuldung von in Abhängigkeit zu IMF, Weltbank und EZB stehenden Ländern zementiert diese Ungleichheiten auf staatlicher Ebene.
Der DGB ist sich seiner historischen Rolle als Teil der ArbeiterInnenbewegung bewusst. Internationale Solidarität ist integraler Bestandteil der täglichen Gewerkschaftsarbeit. Internationale Solidarität weist über die Grenzen der Europäischen Union und der industrialisierten Länder hinaus. Internationale Gewerkschaftsarbeit darf nicht auf sogenannte Nord-Süd Partnerschaften begrenzt werden. Sie muss eine kritische Rolle finanzstarker Länder und Regionen sowie supranationaler, undemokratischer Einrichtungen ebenso in den Blick nehmen wie neu entstehende Abhängigkeiten in Süd-Süd-Partnerschaften.

Der DGB bekräftigt ihre Rolle als demokratischer Akteur in der internationalen Zusammenarbeit. Internationale Solidarität und Zusammenarbeit ist mehr als der Export westlicher Entwicklungsmodelle in andere Teile der Welt. Emanzipatorische und antirassistische internationale Gewerkschaftsarbeit ist ein Prozess, der auf ehrlichem Dialog und Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe beruht.

Der DGB fordert internationale Solidarität, die über den Fokus auf ArbeiternehmerInnen hinausgeht und erkennt und anerkennt die Rolle sozialer Bewegungen, deren Teil sie ist. Sie setzt sich für eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen ein, mit dem Ziel, globale Umverteilung und Demokratisierung weltweit voranzutreiben.

Kapitalismuskritik

Die Krise ist eine Überproduktionskrise, sie findet ihren Ausdruck in den verschiedenen Bereichen. Die derzeitige Krise ist nicht nur eine Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, sondern auch eine soziale und ökologische Krise. Aus den multiplen Krisenerscheinungen ergibt sich die Verschärfung globaler sozialer und ökonomischer Ungleichheiten. Ob durch die Zahlung von Armutslöhnen, die Vielen ein menschenwürdiges Leben unmöglich machen, horrende Mieten, die einen Umzug erzwingen, oder durch hohe Energiekosten, die viele Menschen im Winter frieren lassen, etc. Diese Entwicklungen steigern den Druck auf jedeN EinzelneN. Stress, Frust und Leid nehmen zu. Neben politischen Krisen und Kriegszuständen sind sie auch Auslöser für internationale Migrations- und Fluchtbewegungen.

Die Auswirkungen der Krise sind in allen gesellschaftlichen Bereichen – in privaten oder öffentlichen – wiederzufinden. Die Mehrheit der Menschen kann sich ihnen nicht entziehen. Dies verdeutlicht die Dringlichkeit eines Umsteuerns, eines Umdenkens, wie wir leben, lernen und wohnen wollen, wie wir Gemeinschaft gestalten, wie und wofür wir unsere Arbeitskraft einsetzen wollen. Nach Ansicht des DGB ist dies nur in einer

demokratischen Gesellschafts- und Wirtschaftsform (Wirtschaftsdemokratie) möglich.

Der DGB setzt einer kapitalistisch geprägten Weltwirtschaft eine Perspektive entgegen, die den Menschen in das Zentrum wirtschaftlicher Tätigkeiten stellt. Eine Perspektive, die Arbeit und globalen Wohlstand gerecht verteilt. Deshalb fordern wir als DGB, jetzt ein Umdenken und aktives Handeln der Mitgliedsgewerkschaften und der Politik. Eine solche Perspektive kann nur gemeinschaftlich gefunden werden. Wir fordern einen gemeinschaftlichen Diskurs, der nach wirklichen Alternativen zu unserer jetzigen Gesellschaftsform sucht, damit die Vorstellung von einer sozialen und gerechten Welt keine Utopie bleibt, sondern gestaltbare Realität wird.

Arbeitsauftrag an die DGB-Jugend:

- *Die DGB-Jugend soll hier einen Grundstein legen und mit einem Kongress die Diskussion im Jugendbereich beginnen.*

Bezahlbarer Wohnraum und soziale Infrastruktur

Der Schritt in die Ausbildung oder das Studium ist für junge Menschen ein Schritt in die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit von den Eltern. Bezahlbarer Wohnraum ist für diesen Schritt ein absolutes Muss. Mit niedrigen Ausbildungsvergütungen bzw. niedrigen Einkommen im Studium fehlen oftmals die Möglichkeiten zum selbstständigen Wohnen. In Regionen mit angespanntem Wohnungsmarkt verschärft sich diese Situation noch einmal. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum ist nicht nur unter Jugendlichen groß. Das Problem ist nicht neu, aber es hat sich zuletzt massiv verschärft. Besonders in Großstädten wurden in den letzten Jahren zu wenig neue Wohnungen gebaut und gleichzeitig sinkt der Sozialwohnungsbestand jährlich um rund 100.000. So sind in den letzten Jahren sind die Mieten völlig losgelöst von der Einkommensentwicklung stetig gestiegen.

Wohnen ist ein Grundrecht und kein Luxusgut. Hier ist die Politik gefragt, MieterInnen vor Vertreibung und Profitgier zu schützen und regulierend auf dem Wohnungsmarkt einzugreifen. Dazu müssen mehr bezahlbare Mietwohnungen auf den Markt gebracht werden, der vorhandene Wohnraum bezahlbar gehalten bzw. gemacht und Belegungsrechte gesichert werden. Um diese Ziele zu erreichen, fordert der DGB:

- *Eine gesetzliche Regelung, die Investoren vorschreibt, einen bestimmten Anteil der neu erstellten Wohnungen mit niedrigen Mieten anzubieten. Dies gilt besonders für öffentliche Wohnungsunternehmen.*
- *Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau müssen aufgestockt und die Länder dazu verpflichtet werden, diese Mittel ausschließlich zur Investition in den Neubau von Sozialwohnungen zu verwenden.*
- *Eine verstärkte Baulandausweisung, die auch ökologische Gesichtspunkte im Blick haben muss. Anders wird in vielen Städten kein ausreichendes zusätzliches Wohnungsangebot zustande kommen. Lückenschlüsse reichen nicht aus.*
- *Eine Umwandlung von leerstehenden Büroräumen in Wohnraum. In vielen Städten nimmt die Zahl leerstehender Büroräume zu. Wo eine Umwandlung in Wohnraum möglich ist, sollte dieses von der Kommune unterstützt und umgesetzt werden.*
- *Kommunale und öffentliche Wohnungsbaugesellschaften sollten gerade in Großstädten neu entstehende Mieterhöhungsspielräume nicht vollständig ausnutzen. Sie sind neben der Wirtschaftlichkeit auch dem sozialen Zusammenhalt verpflichtet.*
- *Eine begleitende Erhöhungen des Wohngelds sowie die Deckelung von Mietsteigerungen. Beides wirkt gegen die zunehmende Verdrängung von Durchschnittsverdienern und insbesondere von Geringverdienern aus attraktiven Großstädten.*

Darüber hinaus fordert der DGB für die Menschen in beruflicher Erstausbildung den Ausbau von Bildungswohnheimen sowohl im ländlichen wie auch städtischen Raum. Diese Bildungswohnheime sollen lernformübergreifend sowohl Auszubildenden als auch Studierenden offen stehen. Als positives Beispiel können die bestehenden Wohnheime des Jugendwoh-

nens dienen. Die dritte Säule zur Schaffung und Sicherung bezahlbaren Wohnraums sind die öffentlichen Miet- und BAföG-Wohnheimzuschüsse für Menschen in der beruflichen Erstausbildung. Auch diese müssen weiter angepasst und erhöht werden.

Um Studium und Ausbildung erfolgreich zu absolvieren, müssen auch die Rahmenbedingungen stimmen. Neben bezahlbarem Wohnraum setzt es insgesamt eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur voraus. Bezahlbarer öffentlicher Nahverkehr gehört ebenso dazu wie gebührenfreie Beratungsangebote und weitreichende Unterstützungen für Studierende und Auszubildende mit Kindern oder anderen Pflegeaufgaben. Berufs- und Hochschulen müssen barrierefrei sein.

Für die Hochschulen kommt hinzu, dass die Mensen auf Grund des großen Zustroms neuer Studierender nicht mehr bedarfsgerecht ausgebaut sind. Das Studentenwerk ist hier ebenso wie für einen Großteil der sozialen Infrastruktur für Studierende verantwortlich und muss dementsprechend mit ausreichend Mitteln ausgestattet werden.

Arbeitsauftrag an den DGB-Bundesvorstand:

- *Wohnsituation von Auszubildenden und Studierenden untersuchen*

Mehrgenerationenhäuser

Der DGB setzt sich für eine verstärkte öffentliche Förderung und den Ausbau von Mehrgenerationenhäuser ein. Diese sind gelebter Ausdruck einer generationenübergreifenden Solidarität und Begegnungsorte, an denen das Miteinander der Generationen aktiv gelebt werden kann. Hier bringen sich Menschen jeder Altersgruppe mit unterschiedlicher Herkunft und Lebenssituation gemeinsam in die Hausprojekte ein und können konkrete Angebote und Dienstleistungen in Anspruch

nehmen. Alleinerziehende, Auszubildende mit oder ohne Lernschwierigkeiten, Studierende, junge Beschäftigte mit und ohne Kinder genauso wie ältere Menschen, die Schwierigkeiten mit dem Einkaufen oder Pflegebedarf haben, profitieren gemeinsam von der Wohnform und haben einen gemeinsamen Orientierungspunkt und gegenseitige Unterstützung.

Industrie-, Umwelt- und Energiepolitik

Nachhaltigkeit als gewerkschaftliche Handlungsmaxime

Gewerkschaften haben das Ziel, die Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen zu verbessern, speziell die ihrer Mitglieder. Deswegen muss unsere gewerkschaftliche Arbeit auch den Erhalt der Natur und Umwelt betreffen. Gewerkschaftliche Arbeit soll sich an dem Begriff der Nachhaltigkeit orientieren: sozial, ökologisch und wirtschaftlich. Dem Diktat der Wirtschaftlichkeit dürfen sich die anderen beiden Ziele nicht unterordnen. Entsprechend sind unsere gewerkschaftlichen Handlungsfelder anzupassen. Neben der sozialen Vertretung in der Betriebspolitik und der Mitbestimmung müssen auch ökologische Fragen von uns offensiver vertreten werden und die damit verbundene Frage der weltweiten Ausbeutung der Natur.

- *Soziale Nachhaltigkeit versteht die Entwicklung der Gesellschaft dahingehend, dass die Partizipation für alle ihre Mitglieder ermöglicht wird. Das heißt auch, einen Ausgleich sozialer Kräfte zu schaffen mit dem Ziel, eine auf Dauer zukunftsfähige und lebenswerte Gesellschaft zu errichten.*
- *Ökologische Nachhaltigkeit heißt, Natur und Umwelt für die nachfolgenden Generationen zu erhalten, sowie generell ein schonender Umgang mit der Natur weltweit. Für den DGB heißt das, eine solidarische internationale Perspektive einzunehmen, die die Verantwortung vor al-*

lem der Industrienationen nicht außer Acht lässt. Dies muss sich auch in unserer Arbeit widerspiegeln.

- *Ökonomische Nachhaltigkeit stellt den Grundsatz dar, dass die Wirtschaftsweise so angelegt ist, dass sie dauerhaft eine tragfähige Grundlage für (Arbeits-)Einkommen und Wohlstand für alle bietet und nicht nur für eine Minderheit. Von besonderer Bedeutung ist hier der Schutz wirtschaftlicher Ressourcen vor Ausbeutung.*

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet, die Bedürfnisse der heutigen Zeit so zu befriedigen, dass nachfolgende Generationen ein intaktes ökologisches, soziales und ökonomisches System vorfinden und somit dieselbe Möglichkeit haben, ihre Bedürfnisse zu befriedigen (Generationengerechtigkeit). Für ein solches System sind für jeden Aspekt einzelne Ziele festgelegt. Der soziale Aspekt fordert als Ziel gerechte Verteilung der Lebenschancen, globale Vermittlung und Einhaltung der Menschenrechte und Bildung für alle. Die Ökologie fordert von der Wirtschaft eine ressourcenschonende Wirtschaftsweise und allgemein den Schutz der Umwelt für ein stabiles Ökosystem. Für ein ökonomisch stabiles System werden Preisstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und ein hoher Beschäftigungsgrad, der aufrechterhalten werden kann, als Ziele gesetzt. Nachhaltigkeit betrifft alle Betrachtungsebenen, muss also lokal, regional, national und global verwirklicht werden. Während aus ökologischer Perspektive zunehmend ein globaler Ansatz verfolgt wird, steht hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Nachhaltigkeit oft der nationale Blickwinkel im Vordergrund. Für immer mehr Bereiche wird eine nachhaltige Entwicklung gefordert, sei es für den individuellen Lebensstil oder für ganze Sektoren wie Mobilität oder Energieversorgung.

Atomausstieg

Der DGB spricht sich für den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie aus. Dieser Ausstieg muss sich unter Einbeziehung der MitarbeiterInnen und deren Mitbestimmungsorgane und der Gewerkschaften organisiert werden. Hierfür müssen Strategien, Verträge und Vereinbarungen entwickelt und beschlossen werden, die nicht zum Nachteil der Beschäf-

tigten sind.

Energiewende

Die auch dadurch zu organisierende Energiewende bedarf eines gesamten Energiekonzeptes, das die Energiewende vorantreibt, andererseits jedoch nicht zur einseitigen Belastung von privaten Haushalten führt. Daher ist es wichtig, eine wirtschaftliche und sozial gerechte Energiewende zu gestalten. Hierfür sind umfangreiche Investitionen notwendig. Menschen müssen für die neuen Tätigkeiten qualifiziert werden. Hier muss das unbestrittene Potenzial der erneuerbaren Energien genutzt werden. Die mögliche zusätzliche Beschäftigung muss mit Gewerkschaften und Mitbestimmungsorganen des Betriebs ausgestaltet werden.

Bürgerbeteiligung für industrielle Projekte

In allen Teilen der Bundesrepublik lässt sich die Tendenz erkennen, dass unterschiedliche Großprojekte auf Skepsis und Ablehnung bei der Bevölkerung vor Ort treffen. Sei es ein Flughafen, ein Bahnhof unter der Erde oder neue Stromautobahnen für die Energiewende. "Not in my backyard" lautet die Grundhaltung vieler AnwohnerInnen. Dabei sollte es wichtig sein, diese von der Planung bis hin zum Abschluss der Projekte mit einzubinden, da deren Bedürfnisse zu berücksichtigen sind. Hierbei ist das Vertrauen der Bevölkerung vor Ort wichtig und nur im Dialog mit dieser sind solche Projekte zu realisieren.

Arbeitsauftrag an die DGB-Jugend:

- *Forum zur Energie- und Umweltpolitik durchführen, um eine detailliertere Positionierung der Gewerkschaftsjugend zu erarbeiten*